

möglich. Dafür müsste man die Anlage komplett abreißen, heißt es. Man überarbeite aber das Notfallhandbuch, den Katastrophenschutzplan sowie das Brandschutzkonzept.

Lediglich drei Kilometer östlich des Forschungsreaktors in Berlin-Wannsee führen mehrere Abflugrouten für den neuen Airport Berlin Brandenburg vorbei. Die Deutsche Flugsicherung will die Korridore jedoch nicht ändern, es gebe keine gesetzlichen Vorschriften, daß atomare Anlagen nicht überfliegen werden dürfen, wird deren Sprecher zitiert.

Die Berliner Senatsverwaltung für Umwelt will abwarten, bis der neue Flughafen in Betrieb geht und die Flugfrequenz prüfen. Sie habe nach Fukushima bereits einen eigenen „Stresstest“ für den Wannsee-Reaktor durchgeführt und ein Flugzeugabsturz dem sogenannten „Restrisiko“ zugeordnet, weil die Wahrscheinlichkeit in der Größenordnung von „einmal pro zehn Millionen Jahre“ liege, teilte sie den Medien mit.

Für den Forschungsreaktor Mainz mahnt die RSK weitere Untersuchungen zu den Folgen von brennendem Treibstoff nach einem Flugzeugabsturz an. Die RSK weist darauf hin, daß sie sich auf Angaben der Universität verlassen mußte, aus den Unterlagen habe sich nicht erkennen lassen, ob die Aussagen atomrechtlich geprüft und bestätigt seien.

Die Atomaufsicht im Wirtschaftsministerium von Rheinland-Pfalz hält eine Auslegung des Reaktors gegen Flugzeugabstürze wegen der „inhärenten Sicherheit und der geringen Brennstoffmasse“ dagegen nicht für erforderlich.

RSK-Stellungnahme (447. Sitzung am 03.05.2012): Anlagenspezifische Sicherheitsprüfung (RSK-SÜ) deutscher Forschungsreaktoren unter Berücksichtigung der Ereignisse in Fukushima-I (Japan), www.rskonline.de/downloads/epanlage1rsk447hp.pdf ●

Atommüll-Lager

Gasdepot unter dem Salzstock Gorleben

Nachdem der Bundestagsuntersuchungsausschuss zu Gorleben alle Akten und Unterlagen zu den Gasbohrungen bei Lenzen von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) angefordert hatte, fehlte eine auffällige 1,50 m große Karte. Auf Drängen der Linke-Bundestagsabgeordneten Johanna Voß, lieferte die BGR jetzt dem Untersuchungsausschuss diese Karte nach.

Das Besondere an dieser Karte ist, daß sich ihre Aussage zur Gashöflichkeit nicht nur auf das damalige DDR-Gebiet bei Lenzen beschränkt, erklärte die Abgeordnete. „Mit großem Bedauern mußten die DDR-Geologen damals festgestellt haben, daß die größten Gasvorkommen für sie unerreichbar im Westen unter dem Gorlebener Salzstock lagerten“, so Voß.

Untermuert wurde ihre Vermutung durch die 4.000 Meter tiefe Bohrung beim Elbdorf Groß Wootz, nur 1 Kilometer vom Ort Gorleben entfernt. Dort hatte man schräg 150 Meter bis unter die Elbe gebohrt und war in 3.264 Metern Tiefe auf Erdgas gestoßen. „Nach der vorliegenden Karte liegt diese Bohrung am Rande des Gorlebener Gasfeldes und hat deswegen vermutlich kein vom Osten aus wirtschaftlich erschließbares Gasfeld ergeben“, erläutert Voß. Betrachtet man die Karte genauer, so liegt das vermutete große Gasfeld direkt unter dem Bereich des Salzstocks, der seit Jahren für eine Endlagerung von Atommüll erkundet wird.

Für die Gorleben-Gegner schließt diese Karte das „Gasfeldpuzzle“, so Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Die BGR

müsse sich fragen lassen, weshalb die Karte zurückgehalten wurde. Der BI-Vorsitzende Martin Donat ist empört: „Stück für Stück kommt die Wahrheit zur Nichteignung Gorlebens ans Licht.“

Weil in 3.347 Metern Tiefe, noch im Salzstock, ein Gas-Laugengemisch angetroffen wurde und unter hohem Druck stand, war es bereits 1969 zu einer verheerenden Explosion gekommen.

Hintergrund und Karte siehe www.wendland-net.de/index.php/artikel/20120627/gorleben-gasdepot-unter-dem-salzstock-24977 ●

Atommüll

Die Konditionierungsanlage für radioaktive Abfälle der GNS in Duisburg darf jetzt erweitert werden

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat jetzt der Gesellschaft für Nuklear-Service mbH (GNS) die atomrechtliche Genehmigung zur Änderung der Betriebsstätte im Duisburger Stadtteil Wanheim-Angerhausen zugestellt. Das teilte die Bezirksregierung am 13. Juni 2012 mit. Die Antragstellung war im November 2009 erfolgt und beunruhigte die örtliche Bevölkerung.

Mit der Erweiterung kann die GNS nun unter anderem eine Anlage zur endlagerfähigen Konditionierung radioaktiver Abfälle in Betrieb nehmen, weitere Dekontaminations- und Zerlegeverfahren einführen und zusätzliche Materialien zur Rückführung in den Wirtschaftskreislauf zwischenlagern. Die bisher genehmigte Gesamt-Aktivität erhöht sich durch diese Änderungen nicht, wird erklärt.

In dem Genehmigungsverfah-

ren wurde festgestellt, daß der Betrieb alle gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte einhält und keine unzulässigen Strahlenexpositionen in der Umgebung auftreten, erklärt die Bezirksregierung Düsseldorf. Die für den Betrieb geltenden Genehmigungsaufgaben seien nochmals erweitert worden. Während des Verfahrens sei auch festgestellt worden, daß eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich sei. Da die GNS alle Voraussetzungen erfüllte, sei die Genehmigung zu erteilen gewesen.

Die GNS betont dazu, ihre Betriebsstätte Duisburg diene ausschließlich der Verarbeitung von festen schwachradioaktiven, nichtwärmeentwickelnden Abfällen bzw. Reststoffen. Die genehmigte Erweiterung ziele allein auf die künftige Nutzung von freien Flächen innerhalb des bestehenden Gebäudekomplexes.

Im Koalitionsvertrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung ist dagegen zu lesen, daß sie sich dafür einsetze, die GNS-Konditionierungsanlage außerhalb dicht besiedelter Gebiete zu verlegen. Deshalb rügen Vertreter des Bund für Naturschutz Deutschland (BUND), die grüne Regierungspräsidentin in Düsseldorf habe da wohl etwas nicht mitbekommen ... ●

Atomwirtschaft

Atomkonzerne vernichten Milliarden

Umwelt- und Verbraucherschützer rufen zum Wechsel des Stromanbieters auf

Anläßlich der Klagen der Energiekonzerne auf bis zu 15 Milliarden Euro Entschädigungszahlungen aus Steuergeldern für das Abschalten von Atomkraftwerken erneuert

das Aktionsbündnis „Atomausstieg selber machen“ seinen Aufruf an Kunden der Großkonzerne E.on, RWE, Vattenfall und EnBW, den Stromversorger zu wechseln.

E.on und RWE, die jetzt vor dem Bundesverfassungsgericht auf Schadenersatz klagen, hätten mehr als zehn Jahre Zeit gehabt, sich auf die angeblich so plötzliche Energiewende vorzubereiten, erklärt Melanie Ball vom Aktionsbündnis „Atomausstieg selber machen“: „Schon 2001 haben die Konzerne mit ihrer Unterschrift unter den Atomkonsens mit der damaligen rot-grünen Bundesregierung die Eigentumsrechte an ihren AKW freiwillig und endgültig aufgegeben“.

Vattenfall sei unter den Bedingungen des Atomkonsenses überhaupt erst ins deutsche Atomgeschäft eingestiegen und wolle sich nun mit einer nichtöffentlichen Klage vor dem Schiedsgericht der Weltbank in Washington erneut die Taschen füllen, kritisiert das Bündnis. „Besonders dreist an der Klage ist, eine Millionenentschädigung für Atomkraftwerke zu verlangen, die schon seit Jahren stillstanden, weil sie kaputt waren“, kritisiert Melanie Ball Vattenfall. Die AKW Brunsbüttel und Krümmel lieferten seit 2007 fast durchgehend keinen Strom mehr – also lange vor dem Stilllegungsbeschluss der Bundesregierung. Das AKW Krümmel wurde 2007 und 2009 wegen spektakulärer Transformatorbrände vom Netz genommen und war wegen weiterer Sicherheitsdefizite seit 2007 praktisch durchgängig außer Betrieb. Das AKW Brunsbüttel zählte von Anfang an zu den störanfälligsten Reaktoren in Deutschland und ist seit einer Notabschaltung im Sommer 2007 nicht mehr am Netz.

Damit das Kalkül der Atomkonzerne nicht aufgeht, können Stromverbraucher und Steuerzahler nur eine Konsequenz ziehen: bei E.on, RWE,

Vattenfall und EnBW kündigen. „Wechseln Sie zu einem Stromanbieter, der vertrauensvoll mit Ihrem Geld umgeht und es in sinnvolle Projekte investiert!“, rät Melanie Ball vom Aktionsbündnis „Atomausstieg selber machen“. Die unabhängigen Ökostromanbieter EWS Schönau, Greenpeace Energy, Lichtblick und Naturstrom investieren seit mehr als 10 Jahren konsequent in die Energiewende und liefern bundesweit ausschließlich Ökostrom, empfiehlt das Bündnis.

Informationen und Hilfestellungen erhalten Verbraucher unter www.atomausstieg-selber-machen.de oder bei der kostenlosen Hotline 0800 7626852. „Atomausstieg selber machen“ ist ein Bündnis aus Umweltorganisationen, Verbraucherschutzverbänden und Anti-Atom-Initiativen. ●

Döbeln, 30.7. - 3.8.2012

Anti-Atom-Sommercamp & Netzwerktreffen

„Wir laden euch herzlich zu fünf Tagen voller Workshops und Präsentationen, Skillsharing und Vernetzung, Exkursionen und öffentlichen Veranstaltungen vom 30. Juli - 3. August 2012 in Döbeln ein“, schreibt Falk Beyer von Greenkids e.V.. Das Anti-Atom-Sommercamp bietet die Möglichkeit, Aktivisten und interessierte Menschen aus verschiedenen Regionen Europas zu treffen, Ideen und Erfahrungen auszutauschen und an gemeinsamen Projekten und Aktionen zu arbeiten. Unter anderem ist auch ein stillgelegter Uranabbau an der tschechischen Grenze, nicht weit vom Camp entfernt, zu besichtigen.

Kontakt, Anmeldung, detaillierte Informationen, Reader mit Programm: Nuclear Heritage Network, Am Bärenal 6, D-04720 Döbeln, Tel: +49 3431 5894177, E-Mail: contact@nuclear-heritage.net, <http://nuclear-heritage.net> ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter www.strahlentelex.de/Abonnement.htm):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 72,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten.
Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können.
Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst • Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektromog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: i.wilke@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthies †, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz †, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 72,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 7,20, Probeexemplar kostenlos.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2012 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288